

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Umwelt-Natur- und Klimaschutz

Sitzungstermin: Mittwoch, 13.11.2024

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 20:10 Uhr

Ort, Raum: Kreisverwaltung Rosenstraße, Konferenzraum 1 + 2, Rosenstraße 28a, 23795 Bad Segeberg

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Arne Hansen
B90/Die Grünen

Bemerkung

Mitglieder

Name

Christa Sellmer-Rehders
CDU

Joachim Brunkhorst
CDU

Mandy Jaouadi
CDU

Anja Jung
CDU

Kurt Barkowsky
CDU

Silke Brandt
SPD

Jens Wersig
SPD

Dr. Gilbert Sieckmann-Joucken
B90/Die Grünen

Stefan Knobbe

Freie Wähler

Niels Reimers

die PARTEI

Thomas Völcker
dieBasis

Angelika Bergmann
Kreissenioresenbeirat

Bemerkung

Vertretung für: Sven-Hilmer Brauer

Vertretung für: Till Wenzel

KT-Abg. als Gäste

Name

Sven-Hilmer Brauer
 CDU
 Annelie Eick
 CDU

Bemerkung
Verwaltung
Name

Hendrik Schrenk
 FBL IV
 Carmen Jensen-Schmidt
 FDL
 Traute McGregor
 FDL
 Frank Hartmann
 FDL
 Matthias Blumhagen
 FDL
 Ralf Borchers
 FDL
 Kai Jungjohann
 FDL
 Alina Frenz

 Florian Garske

 Heiko Birnbaum

Bemerkung
Protokollführung
Name

Tanja Krüger

Bemerkung

0

Abwesend
Mitglieder
Name

Sven-Hilmer Brauer
 CDU
 Till Wenzel
 CDU
 Jörg Nobis
 AfD
 Arne Klees-Bruhn

Bemerkung

-
 -
 -
 -
 -

Name
FDP

Bemerkung

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Begrüßung	
2	Einwohnerfragestunde I	
3	Formalien	
3.1	Genehmigung der Tagesordnung	
3.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.09.2024	
4	Beratung und/oder Beschlussfassung	
4.1	Vorstellung des neuen Klimaschutzmanagers Florian Garske	
4.2	Schülerbeförderung: Richtlinien zur finanziellen Förderung eines Deutschland-Schultickets im Zeitraum 01.09.2024 bis zum 31.12.2024	DrS/2024/078 -01
4.3	Inflationsausgleichsprämien im ÖPNV	DrS/2024/232
4.4	Verbesserung des ÖPNV-Angebots in Henstedt-Ulzburg	DrS/2022/036 -02
4.5	VGN Investitionskostenzuschuss 2025-2029	DrS/2024/216
4.6	Radroute + (ehemals Radschnellweg)	DrS/2022/149 -06
4.7 (Nachtrag)	Fortführung der "Richtlinie zur Förderung von Radverkehrsinfrastruktur im Kreis Segeberg" ab 2025 - Antrag der CDU-Fraktion	
4.7.1	Fortführung der "Richtlinie zur Förderung von Radverkehrsinfrastruktur im Kreis Segeberg" ab 2025	DrS/2019/021 -3

TOP	Betreff	Vorlage
4.8	Budget 2025 - Fachbereich IV Umwelt, Natur- und Klimaschutz	DrS/2024/212
5	Berichte der Verwaltung	
5.1	Bericht der Klimaschutzleitstelle 4-2024	DrS/2024/028
		-03
5.2	Sachstandsbericht FD 66.00-IV/2024	DrS/2024/018
		-03
6	Verschiedenes	
6.1	Informationen und Anfragen	
6.2	Anregungen für die nächste Sitzung	
7	Einwohnerfragestunde II	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu 1. Begrüßung

Herr Hansen eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Zu 2. Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Zu 3. Formalien

Zu 3.1. Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen einstimmig genehmigt.

Zu 3.2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.09.2024

Da es keine Wortmeldungen gibt, gilt die Niederschrift als genehmigt.

Zu 4. Beratung und/oder Beschlussfassung

Zu 4.1. Vorstellung des neuen Klimaschutzmanagers Florian Garske

Herr Garske stellt sich vor. Frau Jaouadi erkundigt sich, wie die Stelle finanziert

sei und bittet um eine Stellenbeschreibung zu Protokoll. Herr Schrenk erläutert, dass die Aufgaben im beschlossenen Klimaschutzkonzept des Kreises beschrieben seien. Herr Wersig möchte wissen, ob die beschlossene 0,5 Stelle bereits besetzt worden sei. Herr Hartmann teilt mit, dass dies noch nicht erfolgt sei, weil ein wesentlicher Aufgabenbereich dieser Stelle die Bearbeitung von Fördermitteilanträgen sei. Von den anstehenden Entscheidungen zu möglichen Haushaltskonsolidierungen könnte auch eine Reduzierung der Fördermittelbudgets betroffen sein, daher werde eine Besetzung zunächst abgewartet.

Mitteilung der Verwaltung:

Bezüglich der Aufgaben des Klimaschutzmanagers wird auf die DrS/2023/197 und DrS/2023/243 sowie die Stellenausschreibung in der Anlage verwiesen.

Anlage 1 Klimaschutzmanager_in (m_w_d)

Zu 4.2. Schülerbeförderung: Richtlinien zur finanziellen Förderung eines Deutschland-Schultickets im Zeitraum 01.09.2024 bis zum 31.12.2024

DrS/2024/078-01

Herr Hansen verweist auf eine verschickte E-Mail, in der auf notwendige Änderungen in der Richtlinie und dem Beschlussvorschlag hingewiesen werde. Es werde künftig einen Festzuschuss des Kreises in Höhe von 20 € geben, unabhängig von der Preisentwicklung des Deutschlandtickets.

Frau Jaouadi stellt fest, dass es zwei unterschiedliche Zeiträume gebe. Im Beschlussvorschlag sei der 01.09.2024 als Beginn genannt, für die Berechnung sei jedoch vom 01.08.2024 ausgegangen worden. Herr Mozer erklärt, dass der 01.08. Schuljahresbeginn laut Schulgesetz sei, der 01.09. sei faktischer Beginn nach den Sommerferien. Frau Jaouadi bittet darum, bis zum BKS eine Klärung herbeizuführen, ob die Berechnung anzupassen sei oder das Datum im Beschlussvorschlag geändert werden müsse.

Anmerkung der Verwaltung:

Es gilt der faktische Schuljahresbeginn, d. h. das Datum in der DrS/2024/078-01/Richtlinie. Dementsprechend ist die Kostenberechnung in der DrS/2024/078 auf der Grundlage von vier Monaten zu aktualisieren und wird entsprechend im Ergebnishaushalt berücksichtigt. Abzüglich der Eigenbeteiligung und der anteiligen Rückflüsse aus den D-Ticketerlösen über die Verkehrsverträge ergeben sich für den Kreis Segeberg für 2024 (ab Schuljahresbeginn) Kosten von ca. 376.000 EUR, die vollständig über die erhöhten Landesmittel abgedeckt werden können; dies gilt auch für die zusätzlichen Verwaltungskosten (für Abo, Chipkarten) für die hinzukommenden 4.700 SuS i.H.v. ca. 40.000 EUR (Finanzierung über laufende Verkehrsverträge).

Außerdem fragt Frau Jaouadi nach, ob inzwischen der Preis für die Erstellung der

Webmaske für OLAV bekannt sei. Frau McGregor weist darauf hin, dass Fragen zu diesen Kosten im BKS gestellt werden müssten.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Kosten für die Webmaske sind derzeit noch nicht bekannt.

Herr Knobbe merkt an, dass für Schüler*innen, die keinen Anspruch auf Schülerbeförderung haben, geprüft werden müsse, ob diese im Kreis wohnen und dort zur Schule gehen. Er möchte wissen, wie hoch dieser Aufwand sei und ob der Aufwand nicht die auszuzahlende Summe überschreite. Herr Hartmann bittet darum, auch diese Frage im BKS zu platzieren, da die Bearbeitung im Fachdienst Kita, Jugend, Schule, Kultur erfolge.

Anmerkung der Verwaltung:

*Das Deutschland-Schulticket, ist für alle nicht anspruchsberechtigten Schüler*innen mit Wohnsitz im Kreis Segeberg. Der Schulort ist hierbei nicht prüfungsrelevant. Für den Zeitraum der Übergangslösung (01.09.-31.12.24) können die Eltern/Schüler*innen den Zuschuss des Kreises online beantragen. Zur Minimierung des Aufwandes ist die Antragsstellung nur einmalig möglich. Dem Kreis liegt der Antrag dann im PDF-Format vor und wird von dem/der Sachbearbeiter*in durch in Augenscheinnahme geprüft. Anschließend werden die Daten in eine Excel-Tabelle übernommen. Die Tabelle bildet die Grundlage für die Auszahlung über einen automatisierten Zahllauf. Mittels eines Zahllaufes muss nicht jede Erstattung gesondert ausgezahlt werden. Es ist davon auszugehen, dass der überwiegende Teil der Antragstellenden bisher noch nicht im Buchungssystem erfasst ist. Somit sind dort neue Partner anzulegen.*

Die Bearbeitung ist auszuführen, da anderenfalls keine Landesmittel fließen würden. Dies würde im absoluten Unverhältnis stehen, da der o.g. Arbeitsaufwand deutlich weniger Ressourcen bindet, als die ca. 1.200.000 EUR Landesförderung. Für den Zeitraum der Übergangslösung gibt es aus Sicht der Verwaltungen keinen anderen effektiveren Lösungsansatz.

Beschlussvorschlag:

1. Die Richtlinien zur finanziellen Förderung eines Deutschland-Schultickets im Zeitraum 01.09.2024 bis zum 31.12.2024 gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage DrS/2024/078-01 treten zum 01.09.2024 in Kraft und sind befristet bis zum 31.03.2025.

2. Der Kreis Segeberg beteiligt sich mit 20 € monatlich an den Kosten des Deutschland-Schultickets. Die darüber hinaus anfallenden Kosten tragen die Eltern/Schüler*innen selbst.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD				-
FDP				-

Freie Wähler	1			1
gesamt	10			10

Zu 4.3. Inflationsausgleichsprämien im ÖPNV

DrS/2024/232

Herr Wersig fragt nach, ob eine Kostenaufteilung zwischen den Kreisen stattfindet. Herr Mozer teilt mit, dass dies so sei und die genannte Summe der Kostenanteil des Kreises Segeberg sei.

Beschlussvorschlag:

Der von der VHH GmbH für den Verkehrsvertrag über das Teilnetz SE1/2 in den Jahren 2020 - 2024 nachgewiesene finanzielle Aufwand für Inflationsausgleichsprämien von insgesamt 561.463,00 € wird ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD				-
FDP				-
Freie Wähler	1			1
gesamt	10			10

Zu 4.4. Verbesserung des ÖPNV-Angebots in Henstedt-Ulzburg

DrS/2022/036-02

Herr Mozer erklärt auf Nachfrage von Frau Jaouadi, dass die Kosten für den Hop-Bus rund 900.000 € betragen, wovon der Kreis $\frac{3}{4}$ und die Henstedt-Ulzburg $\frac{1}{4}$ trage. Herr Brauer möchte wissen, was zu tun wäre, wenn die Gemeindevertretung Henstedt-Ulzburg sich gegen das Maßnahmenpaket entscheiden würde. Herr Mozer teilt mit, dass dies sehr unwahrscheinlich sei, da der Kreis den deutlich größeren Anteil trage. Sollte dies dennoch passieren, müsse neu beraten werden.

Beschlussvorschlag:

Das Maßnahmenpaket in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg zur Verbesserung des ÖPNV (ÖVer.KAnT) wird auch nach Auslaufen der Bundesförderung fortgesetzt. Die Finanzierung wird zwischen der Gemeinde und dem Kreis neu aufgeteilt. Die

Beschlussfassung steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Gemeindevertretung Henstedt-Ulzburg zur Übernahme ihres Kostenanteils und dem Vorbehalt der Beschlussfassung des Kreistages über den Haushalt 2025.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD				-
FDP				-
Freie Wähler	1			1
gesamt	10			10

Zu 4.5. VGN Investitionskostenzuschuss 2025-2029 **DrS/2024/216**

Herr Hansen führt in die Vorlage ein. Die Frage von Herrn Brauer, ob auch hier eine anteilige Kostenaufteilung mit der Stadt Hamburg erfolge, wird bejaht.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt den Investitionskostenzuschüssen für die VGN für die Jahre 2025-2029 zu, vorbehaltlich der jeweiligen Zustimmung zum Gesamthaushalt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD				-
FDP				-
Freie Wähler	1			1
gesamt	10			10

Zu 4.6. Radroute + (ehemals Radschnellweg) **DrS/2022/149-06**

Herr Hartmann führt aus, dass der Radverkehrsrat bezüglich des Umgangs mit dem Letter of intent noch nicht eingebunden worden sei. Die Baulast liege zu 40 % beim Land und 60 % bei den Gemeinden. Der Kreis habe allenfalls eine koordinierende Rolle. Daher wurde zunächst das Meinungsbild in den Gemeinden eingeholt.

Herr Hansen fasst zusammen, dass der Radverkehrsrat sich seinerzeit intensiv mit dem Radschnellweg befasst habe und in den Gemeinden für die Optimierung geworben habe. Er bemängelt, dass sich Kreis und Kommunen lediglich auf Verwaltungsebene abgestimmt hätten und die Politik nicht eingebunden worden sei. Er bittet darum, dies nachzuholen. Da der Grundstücksankauf im Gesamten schwer sei, müsste von der 100% Lösung abgerückt werden und ggf. könne nicht lückenlos gebaut werden. Herr Schrenk erklärt, dass der politische Auftrag an die Verwaltung gewesen sei, ein Votum aus den Kommunen einzuholen und damit auf das Land zuzugehen. Dies sei erfolgt. Die politische Einbindung der Kreispolitik finde mit der vorliegenden Drucksache heute im UNK statt. Ob in allen Gemeinden hierzu eine politische Befassung stattgefunden habe, sei ihm nicht bekannt und dies könne der Kreis auch nicht vorgeben. Frau Jaouadi stimmt Herrn Schrenk zu und bittet um Abstimmung des Beschlussvorschlags. Herr Wersig fasst zusammen, dass es im Beschluss darum gehe, den Landrat zu legitimieren, ein Schreiben an das Land zu richten.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz unterstützt grundsätzlich die Position der Gemeinden, wonach die Umsetzungsverantwortung für eine Radroute+ weiterhin beim Land Schleswig-Holstein gesehen wird. Die begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen lassen eine Umsetzung durch die Gemeinden oder den Kreis nicht zu. Dem Land ist zu dem aktuell vorliegenden LoI-Entwurf eine dementsprechende, mit den Gemeinden abgestimmte Rückmeldung zu geben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD				-
FDP				-
Freie Wähler	1			1
gesamt	10			10

Anlage 1 Anlage TOP 4.6 Protokoll 2024-10-10, final

Zu 4.7. Fortführung der "Richtlinie zur Förderung von Radverkehrsinfrastruktur im Kreis Segeberg" ab 2025 - Antrag der CDU-Fraktion

Herr Hartmann führt in die Vorlage ein. Es sei eine ergänzende E-Mail (24.10.2024) zur Haushaltsvorberatung versandt worden, die den Sachverhalt erkläre. Da die vorliegende Drucksache bereits vor Erstellung der Konsolidierungsliste erarbeitet wurde, enthalte sie noch einen Kürzungsvorschlag um 0,5 Mio. Euro. Der ursprüngliche Budgetentwurf sehe jedoch 2 Mio € vor. In der später erstellten Konsolidierungsliste sei dieser Kürzungsbetrag ebenfalls enthalten. Frau McGregor ergänzt, dass aufgrund der Umsetzungsquote im Haushalt nur 60 % (von 2 Mio €) eingestellt werden, so dass derzeit tatsächlich 1,2 Mio € im Haushaltsentwurf enthalten seien.

Frau Jaouadi beantragt, den Betrag auf 1 Mio € zu kürzen, weil laut Tabelle in der Vorlage in den letzten Jahren immer nur rund 1 Mio € Mittel abgerufen worden seien. Somit würde der neue Betrag mit den abgerufenen Beträgen einhergehen. Außerdem halte sie die höhere Kürzung in diesem Bereich für weniger einschneidend, als beispielsweise bei der Jugendhilfe.

Herr Hansen gibt zu bedenken, dass die vorgeschlagene Kürzung von 0,5 Mio € schon einen Einschnitt von 25 % bedeute. Eine 50 %-ige Kürzung sei exorbitant hoch und es gebe hohe Bedarfe beim Radwegebau. Da auch bei den Landes- und Bundesmitteln gekürzt werde, sei die Kreisförderung umso wichtiger für die Kommunen. Herr Wersig spricht sich ebenfalls für eine Kürzung von 0,5 Mio € aus. Aufgrund der schlechten Wirtschaftslage könnten sich eventuell potentielle Grundstückseigentümer für einen Verkauf entscheiden, der dann abgewickelt werden könne.

Herr Knobbe regt an, den Beschluss über die Höhe der Kürzung im Hauptausschuss vorzunehmen. Herr Schrenk erklärt, dass dies möglich sei. Er verdeutlicht, dass über die Gesamtsumme abgestimmt werde und von der beschlossenen Summe werden faktisch 60 % in den Haushalt eingestellt.

Herr Hartmann erinnert daran, dass es bei dem vorgelegten Beschluss primär um die Verlängerung der Richtlinie gehe und zumindest dieser Teil unbedingt abzustimmen sei. Er schlägt vor, den Zwischensatz im Beschlussvorschlag „...und bewilligt ein jährliches Budget von 1,5 Mio. Euro für den Zeitraum 2025 bis einschließlich 2028“ zu streichen.

Herr Hansen lässt zunächst über den Antrag der CDU Fraktion abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Das jährliche Budget für die Fortführung der Förderung des Ausbaus von kommunaler Radverkehrsinfrastruktur im Kreis Segeberg wird auf 1 Mio. Euro für den Zeitraum 2025 bis einschließlich 2028 gekürzt. Die Höhe des Förderbudgets steht unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung über den Gesamthaushalt 2025.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD		2		2
B 90/ Die Grünen		2		2
AfD				-
FDP				-
Freie Wähler		1		1
gesamt	5	5		10

Zu 4.7.1. Fortführung der "Richtlinie zur Förderung von Radverkehrsinfrastruktur im Kreis Segeberg" ab 2025

DrS/2019/021-3

Anschließend wird über den geänderten Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Fortführung der Förderung des Ausbaus von kommunaler Radverkehrsinfrastruktur im Kreis Segeberg einschließlich der in der Anlage beigefügten aktualisierten Förderrichtlinie. Die Höhe des Förderbudgets steht unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung über den Gesamthaushalt 2025.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD				-
FDP				-
Freie Wähler	1			1
Gesamt	10			10

Zu 4.8. Budget 2025 - Fachbereich IV Umwelt, Natur- und Klimaschutz

DrS/2024/212

Auf Nachfrage von Frau Jaouadi teilt Herr Hartmann mit, dass ein Teilbetrag für die Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes von 30.000 € im TP 575 auf 2025

verschoben werde, weil die Zahlung aufgrund einer verzögerten Auftragserteilung erst 2025 geleistet werden müsse.

Herr Wersig regt an, die im RNVP beschlossene Erhöhung für Angebotsausweitungen im ÖPNV in Höhe von jährlich 1 Mio. € für 2026 und 2027 auszusetzen und den Status quo zu behalten. Herr Barkowsky und Herr Brauer befürworten die Anregung. Herr Brauer hält einen entsprechenden Beschluss für ein gutes Signal. Herr Hansen spricht sich gegen die Streichungen aus, da der ÖPNV bereits Konsolidierungen leiste, weil Maßnahmen nicht umgesetzt werden konnten.

Herr Hartmann weist darauf hin, dass es 2026 ff. dennoch zu einer Erhöhung des Ansatzes kommen könne, da auch für die bereits beauftragten Leistungen mit Kostensteigerungen zu rechnen sei. Herr Wersig stimmt dem zu und erklärt, es ginge nur um die Angebotsausweitungen. Da es nicht um den Haushalt 2025 gehe, könne darüber ggf. auch später abgestimmt werden.

Beschlussvorschlag:

Der UNK-Ausschuss empfiehlt das Budget 2025 der Teilpläne 541, 542, 547, 551, 554, 561 und 575 entsprechend der im Haushaltsentwurf vorgelegten Form mit den eingebrachten Änderungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU			5	5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD				-
FDP				-
Freie Wähler			1	1
gesamt	4		6	10

Zu 5. Berichte der Verwaltung

Zu 5.1. Bericht der Klimaschutzleitstelle 4-2024

DrS/2024/028-03

Herr Brunkhorst regt an, einen Zeitplan für die Abwicklung der Fortschreibung des Radverkehrskonzept zu entwickeln und im Radverkehrsrat vorzustellen. Frau Frenz teilt mit, dass der Auftrag vergeben worden sei und im Januar die Zeitplanung stehe.

Herr Brauer erkundigt sich, ob es bereits Resonanz aus der Bevölkerung zur Trinkwasser-Aktion „Refill“ gegeben habe. Herr Birnbaum erklärt, dass dieses Projekt vom Fachdienst Gesundheit initiiert worden sei. Im Klimaschutzmanagement seien keine Rückmeldungen eingegangen. Er bittet darum, die Frage im OVG zu platzieren.

Zu 5.2. Sachstandsbericht FD 66.00-IV/2024**DrS/2024/018-03**

Herr Brunkhorst lobt, dass seit der Umstrukturierung im Fachbereich ein deutlicher Fortschritt in der Entwicklung und Abarbeitung zu verzeichnen sei. Frau Jaouadi erkundigt sich nach dem Sachstand der K114 und dem Grunderwerb für die K52. Herr Blumhagen führt aus, dass die K114 ein sehr langer Abschnitt sei, für den es derzeit keine personellen Kapazitäten gebe. Der Grunderwerb an der K52 gestalte sich positiv, es seien viele Vorverträge geschlossen worden.

Zu 6. Verschiedenes

Zu 6.1. Informationen und Anfragen

Es gibt keine Informationen oder Anfragen.

Zu 6.2. Anregungen für die nächste Sitzung

Herr Wersig wünscht sich eine Befassung damit, wie mit den Informationen aus der Starkregenkarte des Landes umgegangen werden solle.

Er schlägt zudem vor, das lange erste Halbjahr 2025 mit der entstandenen größeren Lücke zwischen den Sitzungen für einen Außentermin des Ausschusses zu nutzen. Beispielsweise könnte eine Firma besucht werden, die sich sehr für Umweltbelange einsetzt oder es könnte die Baustelle Herrenmühle besichtigt werden.

Zu 7. Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Der/Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Vorsitz:

Arne Hansen

Protokollführung:

Tanja Krüger